

Beschlüsse

der Juso-Unterbezirkskonferenz 2017



1 Antragsteller: Julia Weige

2 Adressat: Juso UBV

3 **Titel: Arbeitsprogramm 2017**

4 Nach einem turbulenten Jahr 2016 stehen wir nun vor einem herausfordernden Jahr 2017.
5 Mit der Oberbürgermeisterwahl am 05. März und der Bundestagswahl im September ist es
6 unser Ziel die SPD Kandidaten Christian Geselle (Oberbürgermeisterkandidat) und Timon
7 Gremmels (Kandidat für die Bundestagswahl) durch einen aktiven Wahlkampf erfolgreiche
8 Wahlergebnisse zu ermöglichen.
9

10 **Oberbürgermeisterwahl:**

11 Wir Jusos Kassel-Stadt möchten den Oberbürgermeisterwahlkampf von Christian Geselle mit
12 Verteil- und/oder Informationsaktionen unterstützen. Dabei möchten wir insbesondere junge
13 Menschen ansprechen. Hierzu kommen unter anderem vor Sportveranstaltungen, Konzerten
14 und Kino als Orte in Frage. Details sind von den Jusomitgliedern festzulegen.
15

16 **Bundestagswahl:**

17 Ziel des Bundestagswahlkampfes ist es, dass Timon Gremmels das Direktmandat für den
18 Bundestag im Wahlkreis 168 (Stadt Kassel + Teile des Landkreises Kassel) gewinnt. Dazu
19 werden wir uns nach der Oberbürgermeisterwahl mit den Jusos Kassel-Land in Verbindung
20 setzen, um einen gemeinsamen Wahlkampf der Jusos vorzubereiten und durchzuführen.
21 Auch im Bundestagswahlkampf möchten wir insbesondere junge Menschen ansprechen und
22 sozialdemokratische Politik nahe bringen.
23

24 **Gleichstellung und Gender Mainstreaming:**

25 Leider sind Frauen im Unterbezirk Kassel-Stadt weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Des-
26 halb werden wir weiterhin hinterfragen warum das so ist und wie wir die Situation ändern
27 können. Parallel ist es uns wichtig die Frauen, die bereits Mitglieder sind und im besten Fall
28 aktiv mitarbeiten, langfristig zu binden. Hierzu möchten wir Netzwerke über die regulären Ju-
29 so Treffen hinaus schaffen.
30 In diesem Thema sollten wir außerdem überlegen, wie wir Gender- und Gleichstellungsas-
31 pekte mehr in unsere Arbeit einbinden können. Dies kann mit expliziten Themen (z.B. Veran-
32 staltung zum Thema „Paritätisches Wahlrecht“), oder auch in dem wir diese Aspekte in ande-
33 ren Themen mit beachten, umgesetzt werden.
34

35 **Vereinstour:**

36 2017 möchten wir die Vereinstour aus den letzten Jahren ausbauen. Hier haben wir Jusos
37 die Möglichkeit die Arbeit von Vereinen und Institutionen in Kassel besser kennen zu lernen
38 und ihre Belange aufzunehmen. Welche Vereine besucht werden, wird in den Juso Treffen
39 von den Mitgliedern vorgeschlagen und entschieden.
40
41

42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56

Kommunales:

Wir werden in den kommenden Monaten die Entwicklungen der Kommunalpolitik mit begleiten. Dabei werden wir Christian Geselle als Oberbürgermeisterkandidaten unterstützen, die Kooperationsverhandlungen und Inhalte der Stadtverordnetenversammlung begleiten und Themen, die uns wichtig sind (z.B. Räume für junge Kultur), voranbringen. Weiterhin fordern wir die von den Jusos nominierten Stadtverordneten der SPD-Fraktion auf, vierteljährlich im Rahmen der Jusositzungen über ihre Arbeit zu berichten.

- Angenommen
- Nicht angenommen
- Überwiesen an



1
2
3 Antragsteller: Stefan Sander
4

5 Adressat: Jusos Hessen Nord Bezirkskonferenz, Juso Bundeskonferenz, SPD Kassel-Stadt
6 Unterbezirksparteitag, SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD-
7 Bundestagsfraktion, S&D Fraktion
8

9 **Titel: Änderung der Besteuerung von Pflanzenmilch**

10
11 Wir fordern:

12 Die Besteuerung von Pflanzenmilch/-drink (Sojamilch/-drink, Reismilch/-drink, Hafermilch/--
13 drink, Dinkelmilch/-drink, etc.) mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 %.

14
15
16
17 **Begründung:**

18 Kuhmilch gilt als Grundnahrungsmittel, andererseits gibt es immer mehr Menschen, die aus
19 unterschiedlichen Gründen (Mitleid mit Tieren, Allergie, Gesundheit) keine Kuhmilch nutzen
20 wollen. Zum direkten Verzehr, zum Kochen und Backen, für den Kaffee und das morgendli-
21 che Müsli nutzen sie die verschiedenen Pflanzenmilchprodukte, welche in den letzten Jahren
22 vermehrt auch in den Supermarktregalen in Deutschland angekommen sind. Allerdings müs-
23 sen diese Verbraucher*innen auf ihre Milch 19 % Mehrwertsteuer bezahlen, während Kuh-
24 milch nur mit 7 % besteuert wird. Doch warum sollten diese Konsument*innen mit ihrer Kon-
25 sumententscheidung stärker an der Finanzierung des Staates mitwirken? Wenn an der Einstu-
26 fung von Kuhmilch am reduzierten Mehrwertsteuersatz festgehalten werden soll, dann ist
27 dieser auch auf Pflanzenmilchprodukte festzusetzen, da immer mehr Menschen diese als
28 Grundnahrungsmittel verwenden.
29

30 Einige Menschen meinen eine vegane Ernährung sei teurer als eine omnivore Ernährung.
31 Allerdings hängt dies im Wesentlichen von den zu vergleichenden Warenkörben und dem
32 Convenience-Anteil ab. Nicht zuletzt durch die, zuletzt leicht abgemilderte, Milchpreiskrise
33 sind Pflanzenmilchprodukte teurer als Kuhmilch. Durch eine faire Besteuerung der Pflan-
34 zenmilchprodukte könnte es zu niedrigeren Verbraucher*innenpreisen kommen.
35

- 36
37 Angenommen
38 Nicht angenommen
39 Überwiesen an

1
1
2
3
4 Antragsteller: Stefan Sander
5

6 Adressat: Jusos Hessen Nord Bezirkskonferenz, Juso Bundeskonferenz, SPD Kas-
7 sel-Stadt Unterbezirksparteitag, SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag, SPD Bundes-
8 parteitag, SPD-Bundestagsfraktion
9

10 **Titel: Regelsteuersatz für Fleischprodukte!**
11

12 An Fleischprodukte soll zukünftig der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 % ange-
13 legt werden. Nach unterschiedlichen Szenarien kann diese Maßnahme zu einem
14 Rückgang der nachgefragten Menge von 2 % bis 10 % beitragen. Die Aufhebung der
15 bisherigen Steuervergünstigung muss auch kommunikativ – in ein umfassendes
16 Maßnahmenbündel zu klimafreundlichem Konsum eingebettet werden.

17 Diese Maßnahme soll außerdem sozialpolitisch flankiert werden. So müssen unter
18 anderem die sozialen Transferleistungen, insbesondere der Hartz-IV-Regelbedarf,
19 erhöht werden. Weiterhin soll eine kostenlose Kita- und Schulverpflegung eingerich-
20 tet werden, welche mindestens nach den DGE-Standards arbeitet. Zudem wird eine
21 sozialpolitische Flankierung, wie etwa die Anpassung der Besteuerung unterer Ein-
22 kommensgruppen, für einkommensschwache Menschen ohne Transferleistungen
23 und Kinder im Kindergarten- bzw. schulpflichtigen Alter benötigt.

24 Falls die erwarteten Steuereinnahmen von rund 5,2 Milliarden Euro noch nicht durch
25 die sozialpolitische Flankierung aufgebraucht sind könnten pflanzliche Lebensmittel
26 oder der öffentliche Verkehr günstiger gemacht werden.
27

28 **Begründung:**
29

30 Im Jahre 1879 erschien erstmals August Bebel's berühmtes Buch „Die Frau und der
31 Sozialismus“. Es enthält neben einer Kritik des klassistischen Salonvegetarismus
32 eine kritische Würdigung der vegetarischen Ernährung und den für die damalige Zeit,
33 ihre Verhältnisse und Region gültigen Satz: „Für diese zahlreichen Menschen, die
34 gezwungen als Vegetarier leben, wäre zeitweilig ein solides Beefsteak, eine gute
35 Hammelkeule entschieden eine Verbesserung ihrer Nahrung.“
36

37 89 Jahre später wurde die Umsatzsteuer eingeführt. Bereits damals gab es einen
38 ermäßigten Satz auf Nahrungsmittel. Die einhergehende Ermäßigung auf Fleisch
39 kann, unter Ausblendung von Klima- und Tierschutzargumenten, aus ernährungs-
40 physiologischer Sicht als sinnvoll erachtet werden.
41

42 Doch forderte Willy Brandt in seinem Grußwort an den Kongress der Sozialistischen
43 Internationale in Berlin (15.09.1992) die Genossinnen auf Gewissheiten zu hinterfra-
44 gen und sprach Mut zu: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Da-
45 rum — besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will
46 und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“
47

48 Seit der Einführung der Umsatzsteuer im Jahr 1968 ist viel geschehen. Zwischen
49 1961 und 2015 stieg der Fleischverbrauch in Deutschland von durchschnittlich 64 kg
50

51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94

auf 88 kg pro Kopf und Jahr¹². Auch die Schlachtzahlen sind gestiegen. Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 715,6 Mio. Geflügel, 59,3 Mio. Schweine, 3,5 Mio. Rinder, 1 Mio. Schafe gewerblich getötet.³⁴ Im Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ (2015) der Beiräte des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) wird attestiert, dass die derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere nicht zukunftsfähig ist.

Auch die Ernährungswissenschaft ist ein gutes Stück weitergekommen. Eine ausgewogene vegetarische Ernährung wird nicht mehr als gesundheitliches Risiko, sondern als gesundheitsfördernd erachtet. Insofern kann Fleisch nicht mehr als notwendiges Grundnahrungsmittel betrachtet werden.

Der Klimawandel ist zu einer Bedrohung für die Menschheit geworden, unter der am meisten die ärmsten Menschen und Regionen zu leiden haben. Eine aktive Klimapolitik ist somit zu einer Frage der internationalen Gerechtigkeit geworden!

Der Anteil von tierbasierter Ernährung an Emissionen von Treibhausgasen wurde im UN International Resource Panel 2016 auf 15% ermittelt.

Im Klimaschutzgutachten 2016 haben die wissenschaftlichen Beiräte Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz sowie Waldpolitik des BMEL die Klimaauswirkungen dieser Bereiche dargestellt und politische Forderungen auf ihre Einspareffekte hin untersucht.

Im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft liegen in der Reduzierung des Konsums von tierischen Produkten auf eine von der moderaten DGE aus gesundheitlichen Gründen empfohlenen Menge mit großem Abstand die größten Einsparpotenziale! Die Wissenschaftlerinnen sind zumindest aus Klimaperspektive von einer politischen Fokussierung auf bio und regional nicht überzeugt und messen auch der Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung weniger Gewicht bei.

Bei Betrachtung der ernährungsbedingten Treibhausgasemissionen unterschiedlicher Verzehrweisen fällt auf, dass diese einen deutlich unterschiedlich großen Fußabdruck erzeugen. Gegenüber dem Durchschnitt ergibt sich für das Referenzjahr 2006 beispielsweise bei einer Ernährung gemäß den DGE-Empfehlungen eine Einsparung von 9%, bei Ovo-lakto-vegetarischer Ernährung von 20% und bei einer veganen Ernährung von 38% (S. 210).

Aus der Argumentation folgt, dass der ermäßigte Mehrwertsteuer-Satz auf Fleisch eine ungerechtfertigte Subvention darstellt, da Fleisch kein meritorisches Gut ist und die ungerechtfertigte Subvention folglich abgeschafft werden sollte.

Die Lebensbedingungen haben sich in Deutschland seit August Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ deutlich geändert und das Wissen um eine gesunde Ernährung

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Fleischkonsum_in_Deutschland

² <https://albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell/fleischkonsum-deutschland-2015-gesunken>

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/232533/umfrage/gefluegelstatistik-erhebung-in-gefluegelschlachtereien-in-deutschland/>

⁴



95
96
97
98
99

100 hat sich vermehrt. Wir brauchen neue Antworten zu Ernährungs- und Landwirt-
101 schäftsfragen. Jetzt.

102

103 angenommen

104 abgelehnt

105 überwiesen an

1

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27

Antragsteller: Stefan Sander

Adressat: Jusos Hessen Nord Bezirkskonferenz, Juso Bundeskonferenz, SPD Kassel-Stadt Unterbezirksparteitag, SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Titel: Still loving Lebensmittelampel

Die Lebensmittelampel war eine Forderung in unserem letzten Regierungsprogramm und muss auch in das nächste.

Wir bitten unsere Fraktionen außerdem, die Einführung eines Ampelsystems für die staatliche Gemeinschaftsgastronomie zu prüfen.⁵

Begründung:

Die Einführung der Lebensmittelampel ist 2010 im europäischen Parlament an den konservativen Kräften gescheitert. Zur Bekämpfung hat die Lebensmittellobby damals 1 Milliarde Euro ausgegeben. Versuchen wir es doch auf den verschiedenen Ebenen erneut.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

⁵, siehe auch Beschluss der Juso-Hochschulgruppen: „Gastronomische Ampelsystem in Mensen einführen“ (2014/2)

<http://www.jusohochschulgruppen.de/meldungen/beschluesse/beschluss.html?&object=250>



1
2
3 Antragsteller: Stefan Sander
4

5 Adressat: Jusos Hessen Nord Bezirkskonferenz, Juso Bundeskonferenz, SPD Kas-
6 sel-Stadt Unterbezirksparteitag, SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag, SPD Bundes-
7 parteitag, SPD-Bundestagsfraktion
8

9 **Titel: Weniger Grausamkeit ist möglich: Es geht auch ohne Eier**

10
11 Wir wollen den Eierverbrauch durch einen wirksamen Methodenmix, wie der Refor-
12 mierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU oder der verstärkten Förderung von
13 pflanzlichen Lebensmittel, zurückfahren.
14

15 Begründung:

• 16 Eine unproblematische Eierproduktion gibt es im (bio-) industriellen Maßstab nicht.
17

18 Laut der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung lag der Pro-Kopf-
19 Verbrauch in Deutschland im Jahr 2014 bei 232 Eiern. Der Großteil dieser Eier wird
20 mit verarbeiteten Produkten konsumiert. In dem Jahr 2014 wurden in Deutschland
21 18,6 Milliarden Eier verbraucht.
22

23 Alleine in Deutschland ist die Tötung und körperliche Ausbeutung von 31 Millionen
24 Legehennen und Vergasung/Zerschredderung oder Zerstampfung von 50 Millionen
25 männlicher Eintagsküken mit der Eierproduktion verbunden.
26

27 Es gibt viele pflanzliche Alternativen zu Eiern. Für verschiedene Anwendungszwecke
28 gibt es verschiedene Alternativen wie etwa: Sojamehl, Pfeilwurzelmehl, reife Banane,
29 Johannisbrotkernmehl, Apfelmus, Ei-Ersatzpulver (Maisstärke/Lupinenmehl), Lein-
30 samen, Sojamilch, Seidentofu, Flohsamenschalenpulver, Chiasamen,
31 Kichererbsenmehl, Sojajoghurt, Tomatenmark, Kala Namak (schwefeliger Ge-
32 schmack). Einige dieser Zutaten müssen vor der Zugabe mit Wasser vermengt wer-
33 den.
34

35
• 36 angenommen
37 abgelehnt
38 überwiesen an
39
40

1
2
3 Antragsteller: Stefan Sander
4

5 Adressat: Jusos Hessen Nord Bezirkskonferenz, Juso Bundeskonferenz, SPD Kas-
6 sel-Stadt Unterbezirksparteitag, SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag, SPD Bundes-
7 parteitag, SPD-Bundestagsfraktion
8

9 **Titel: Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen**
10

11 Die deutsche Sozialdemokratie soll sich intensiv darum bemühen die Gemeinsame
12 Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union für den Zeitraum ab 2020 so auszurich-
13 ten, dass die Produktion von Tieren sowie Export von tierischen Produkten massiv
14 verringert wird. Nationale Spielräume sollen unmittelbar genutzt werden.
15

• 16 Begründung:
17

18 Im Haushalt der Europäischen Union ist die Landwirtschaft mit 58 Milliarden Euro (40
19 %) der größte Posten. Durch die GAP bekommt Deutschland über die erste Säule
20 (Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)) 5 Mrd. Euro und über die
21 zweite Säule (Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung
22 (ELER)) 1,3 Mrd. Euro. Diese Gelder werden heutzutage aus Umwelt- und
23 Klimaperspektive nicht optimal eingesetzt.

24 Die Lebensmittel- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen schätzt, dass
25 die Viehhaltung weltweit für 14,5 Prozent aller Treibhausgase verantwortlich ist.
26 Andere Studien kommen auf bis zu 25 % Treibhausgasausstoß durch die globale
27 Tierproduktion. Das BMUB geht für das Industrieland Deutschland davon aus, dass
28 die Landwirtschaft direkt rund 8 % und mit Mineraldünger sogar 15 % der
29 Treibhausgase verursacht.

30 Zwei aktuelle Forderungen zur Produktion und den Konsum von Tieren:

• 31 1.) Im Entwurf zum „Klimaschutzplan 2050“ der Umweltministerin Barbara
32 Hendricks (SPD) stand daher einst: "Bis 2050 sollte ein Fleischkonsum
33 entsprechend der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung
34 angestrebt werden". Nach aktuellen Empfehlungen der DGE wäre dies eine
35 Reduzierung auf 300 – 600 g Fleisch in der Woche. Der Fleischverzehr liegt
36 aktuell bei 1,1 Kilo pro Woche. Diese Forderung wurde auf Intervention des
37 Kanzleramtes (CDU) wieder aufgeweicht, folglich war ab September war nur
38 noch vom „Abbau der Tierbestände“ die Rede.

39 2.) Die wissenschaftlichen Beiräte für Agrar- und Waldpolitik im BMEL haben vor
40 kurzem aus Umwelt- und Klimagründen vorgeschlagen für tierische
41 Lebensmittel (bspw. Milch, Käse, Wurst) den regulären Mehrwertsteuersatz
42 von 19 % festzulegen und gleichzeitig die Sozialleistungen anzuheben. Durch
43 die sozialverträgliche Bruttopreiserhöhung erhoffen sich die

44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Wissenschaftler*innen einen um 10 % verringerten Verkauf solcher stärker umweltbelastenden Lebensmittel.

Dies sind sicherlich spannende Forderungen, die ernsthaft zu diskutieren sind. Sie verdeutlichen die Relevanz des Themas. Allerdings nehmen die Diskussionen über die Ausrichtung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik jetzt Fahrt auf. Wenn aus guten Gründen Fleisch- und andere Tierprodukte endlich auch politisch als wesentliche Umwelt- und Klimaprobleme identifiziert wurden, muss es nun darum gehen die Subventionen für die Produkte zu streichen/zu verringern und umwelt- und klimafreundliche Alternativen zu stärken.

Zudem wäre die Verringerung der Tierproduktion der wesentlichste Schritt zu einer tiergerechteren Gesellschaft.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23

Antragsteller: Stefan Sander

Adressat:, SPD Kassel-Stadt Unterbezirksparteitag, SPD Fraktion im Rathaus

Titel: Kommunalen Schlachthof schließen

Die „Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs KG“⁶ soll geschlossen werden. Sofern dies der Stadt als Miteigentümerin nicht gelingt soll sie ihre Beteiligung aufgeben und die Mittel in eine nachhaltige Ernährung der Bevölkerung investieren.

Begründung:

Die Kommune soll keine zusätzliche Plattform für die Tötung von Tieren liefern, unabhängig davon, ob diese Kassel Mehreinnahmen verschafft, Geld kostet oder kostenneutral tötet.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

⁶ <http://serviceportal-kassel.de/cms11/verwaltung/konzern/beteiligungen/schlachthof/index.html>



1
2
3 Antragsteller: Stefan Sander
4

5 Adressat: Jusos Hessen Nord Bezirkskonferenz, Juso Bundeskonferenz, SPD Kas-
6 sel-Stadt Unterbezirksparteitag, SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag, SPD Bundes-
7 parteitag, SPD-Bundestagsfraktion
8

9 **Titel: Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ einsetzen**

10
11 Der Parteivorstand wird gebeten ein Forum Ernährung und Landwirtschaft in den
12 Parteistrukturen zu etablieren. Dieses soll einen kritischen Diskurs zu Ernährung und
13 Landwirtschaft ermöglichen und den Fragen einer zukunftsfähigen, d.h. nachhaltigen
14 und gerechten, Ernährung und Landwirtschaft nachgehen. Das neue Forum „Ernäh-
15 rung und Landwirtschaft“ soll das bestehende Forum Verbraucherpolitik inhaltlich
16 ergänzen.
17

18 **Begründung:**

19
20 Die Landwirtschaft hat sich massiv gewandelt (u.a. Höfesterben, „Wachsen oder
21 Weichen“, Massentierhaltung, Bio) und ihr stehen weitere, sich noch vertiefende
22 Veränderungen bevor (z.B. Digitalisierung). Abseits des Austausches einiger unserer
23 Fachpolitiker im „Netzwerk ‚Agrar- und Ernährungswirtschaft‘“ bedarf es einer Ver-
24 netzungsplattform für an den Themen interessierten SPD-Mitgliedern innerhalb der
25 Parteistrukturen.
26

27 angenommen
28 abgelehnt
29 überwiesen an
30
31



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25

Antragsteller: Stefan Sander

Adressat: Jusos Hessen Nord Bezirkskonferenz, Jusos Hessen Landeskonferenz,
Juso Bundeskonferenz

Titel: Es geht voran: Pflanzlichere Ernährung bei Juso-Veranstaltungen

In den letzten Jahren haben wir mit den Beschlüssen „Landwirtschaftspolitik neu denken“ (Jusos Hessen-Nord, 2014), „Für einen progressiven Tierschutz. Jetzt“ (Jusos Hessen, 2015) und der „Resolution: Mit uns zieht die neue Zeit – Sozialismus auch für Tiere“ (Jusos Hessen-Nord, 2016) unsere Kritik an den Verhältnissen in den Bereichen der Landwirtschaft, Ernährung und Tierschutz entwickelt.

Wir gehen nun als internationalistischer und feministischer Richtungsverband voran und wollen bei Verbandsveranstaltungen zwingend eine vegetarische und vegane Verpflegung anbieten. Fleischgerichte sind im Bemerkungsfeld gesondert aufzunehmen. Auf Wunsch der genutzten Jugendherbergen und Cateringbetriebe hin wollen wir diesen außerdem mit Infomaterialien für die Küche versorgen.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an



26
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

AntragstellerIn: Natalia Franz, Lukas Glaser

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD Bundesparteitag,
Juso- Bezirkskonferenz, Juso- Bundeskonferenz

Titel: Monokulturen verhindern

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Kassel-Stadt möge beschließen, dass sich Deutschland sukzessive dafür einsetzt den Anbau von Monokulturen zu verhindern. Dies muss auf der einen Seite im Inland geschehen, auf der anderen Seite muss Deutschland sich seiner Verantwortung bewusst werden und darauf stärker hinwirken, dass keine Regenwälder für Monokulturen (Palmöl, Soja,...) abgeholzt werden. Deutschland darf nicht weiter als Financier der Umweltzerstörung auftreten. Deutschland muss Projekte zur Bewahrung der Umwelt fördern und Produzenten vor Ort zu höheren Standards verpflichten.

Begründung:

Die jährliche Produktion von Palmöl ist von Hauptexporteur Indonesien Jahr um Jahr stetig gesteigert worden. Dafür müssen Regenwälder weichen, da immer mehr Bewirtschaftungsfläche benötigt wird. Der Trend zu Großbetrieben hält im In- wie im Ausland Einzug und hat vor allem Kosteneffizienz im Auge. Deutschland darf nicht zulassen, dass Produkte importiert werden, die für die Zerstörung der Umwelt im Ausland verantwortlich sind.

Außerdem wird in Deutschland selbst auf Monokulturen gesetzt (Raps-, Mais-, Getreidefelder). Dies schränkt die Artenvielfalt, nicht nur der Flora, sondern auch der Fauna ein, da es viele Tiere gibt, die nur in bestimmten Gebieten leben können. Der Mensch zerstört deren Habitate in dem er die Umwelt zu seinen Gunsten verändert.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

1
2
3 AntragstellerIn: Lukas Glaser
4

5 Adressat: SPD Bezirksparteitag, SPD Bundestagsfraktion, Juso-Bezirkskonferenz,
6 Juso-Bundeskonferenz
7

8 **Titel: Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“**
9

10
11 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Kassel-Stadt möge die Einstellung der Pra-
12axis des Tötens der männlichen „Eintagsküken“ allein aus ökonomischen Gründen,
13 beschließen. Es fehlt nach § 1 TierSchG an einem vernünftigen Grund. Insofern ist
14 das Töten männlicher Eintagsküken nach herrschender Meinung, sollte sie weiter
15 fortgesetzt werden, nach § 17 Nr. 1 TierSchG als strafbar zu qualifizieren und ver-
16 stößt gegen Art. 20a GG, da dieser nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, son-
17 dern auch die Tiere als Mitgeschöpfe schützt.

18 Wir wollen die Eierproduktion aus Umwelt-, Klima und Tierschutzgründen soweit und
19 schnell wie möglich zu reduzieren.
20

21 **Begründung**

22

23 In Deutschland werden jährlich ca. 45 Millionen männliche Küken getötet, da die
24 Züchter keine Verwendung, nämlich das Legen von Eiern, für sie haben. Dies hängt
25 mit der Art der Züchtung des Geflügels zusammen. Momentan werden zwei Rassen
26 gezüchtet. Die eine ist darauf spezialisiert in möglichst kurzer Zeit möglichst viel
27 Fleisch anzusetzen, während die andere dafür gezüchtet wird, einen hohen Ertrag
28 bei der Eierproduktion zu erzielen. Da Hähne keine Eier legen können, werden die
29 Küken kurz nach dem Schlupf durch vergasen oder durch einen sogenannten
30 Kükenmuser getötet und als Tierfutter oder Dünger verwendet.

31 Dies verstößt nicht nur gegen das Tierschutzgesetz, sondern gegen jegliche Werte,
32 die eine moderne Zivilgesellschaft für sich in Anspruch nimmt. Das Töten von Lebe-
33wesen nur um Kosten zu sparen bzw. diese Tiere keinem vernünftigen zuzuführen ist
34 nicht rechtens und verstößt gegen das Grundgesetz. Ein Gesetzentwurf des Landes
35 Nordrhein-Westfalen wurde von der Bundesregierung mit der Begründung abgelehnt,
36 dass bereits an einem Verfahren geforscht werden, welches dazu diene das Ge-
37schlecht der Tiere bereits vor dem Schlupf zu erkennen. Allerdings sind diese Ver-
38fahren entgegen der Behauptung des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft
39 nicht marktreif. Abgesehen davon ist durch die Einführung dieser Methode mit einer
40 Preissteigerung der Eier zu rechnen, wodurch das Argument, dass der Verbraucher
41 mit der Praxis des Tötens aufgrund von Kostenersparnis einverstanden ist, ad ab-
42surdum geführt wird. Außerdem ist es die Aufgabe des Tierschutzes das Tier und
43 nicht den Menschen zu schützen. Es ist die Aufgabe einer guten Sozialpolitik, dass
44 sich Bürger Eier oder auch einmal Fleisch leisten können. Dies darf nicht zu Lasten
45 des Tierschutzes bzw. der Tiere gehen.

46 Im Mai folgte schließlich die Entscheidung des OVG Münster über das Fortsetzen
47 der Praxis des Tötens. Das Gericht entschied zugunsten der Geflügelzüchter, da es
48 eine zu große wirtschaftliche Belastung für die Betriebe sah, wenn diese die Hähne
49 großziehen müssten. Leider zeigt diese Entscheidung, dass Verständnis von Unter-
50nehmen und einigen Juristen, dass der Mensch an erster Stelle steht bzw. die Rech-
51te von Tieren praktisch nicht oder kaum existieren. Hier muss die Frage erlaubt sein,



52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70

wann endlich zu Gunsten des Tierschutzes und gegen die wirtschaftlichen Interessen entschieden wird, wenn nicht in diesem Fall, bei dem Millionen von Lebewesen getötet werden.

Denn das Töten der männlichen Küken steht auch stellvertretend für eine Industrie, die nur darauf ausgerichtet ist den Profit zu maximieren und das Tier und die Umwelt auszubeuten.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

1
2 Antragstellerin: Julia Weige

3 Adressaten: UBV, UBA

4
5 **Titel: Aktualisierte rote Linien für die Kooperationsverhandlungen in Kassel**

6
7 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

8
9 Es ist notwendig, dass eine Kooperation im Kasseler Rathaus zustande kommt, aber
10 sie muss an gewisse Voraussetzung geknüpft werden. Diese sind für uns:

11
12 Wir Jusos fordern weiterhin die Gleichberechtigung des Radverkehrs gegenüber dem
13 Motorisierten Individualverkehr sowie den Ausbau und die bessere Verfügbarkeit des
14 ÖPNV. Uns ist Energieeffizienz und der Ausbau von erneuerbaren Energien sowohl
15 für eigene Bauvorhaben als auch für die Anpassung baurechtlicher Verordnungen
16 sehr wichtig. Dadurch tragen wir zu einer lebenswerten Zukunft in Kassel bei und
17 helfen, Fehlinvestitionen zu vermeiden und den Haushalt bei laufenden Kosten zu
18 schonen.

19
20 Des Weiteren ist es uns ein Anliegen die Attraktivität der Stadt weiterhin kontinuierlich
21 zu verbessern, hierzu ist die Förderung von Kinder- und Jugendarbeit unerlässlich.
22 Aber auch Mit- und Selbstbestimmung machen das Leben in Kassel attraktiver.
23 Deswegen fordern wir eine Verkürzung der Sperrzeiten in Kassel. Auch die Förderung
24 der Medienkompetenz bei jungen Menschen halten wir für eine wichtige Maßnahme.
25

26 Keinesfalls aber dürfen dafür Einschnitte bei der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur
27 und des Vereinswesens oder eine Absenkung sozialer Standards und Vergünstigungen
28 in Kassel in Kauf genommen werden.

29
30 Die Anwendung repressiver Maßnahmen wie das Aussprechen von Alkoholverboten
31 oder der Ausbau der Kameraüberwachung erachten wir generell als nicht sinnvoll
32 und lehnen solchen Maßnahmen weiterhin ab. Stattdessen sollte in Kooperations-
33 verhandlungen darauf geachtet werden, ein hohes Budget für wirkungsvolle Sozial-
34 arbeit in allen notwendigen Bereichen festzusetzen.

35
36 Aus unserer Sicht würde eine Kooperation mit der CDU zu einer Zerreißprobe für die
37 SPD in den nächsten Jahren werden, da die Differenzen in wichtigen Themen ekla-
38 tant sind. Mit lediglich einer Stimme Mehrheit ist eine dauerhafte Kooperation nicht
39 zuletzt mehr als unsicher.

40
41 Deshalb plädieren wir für weitergehende Gespräche abseits von persönlichen Vorlie-
42 ben mit allen Fraktionen, abgesehen von der Fraktion der AfD, die aufgrund ihrer
43 hetzerischen Inhalte kein Gesprächspartner sein kann. Unaufgeregte, offene Ge-
44 spräche erscheinen uns das beste Mittel, um eine dauerhafte und zukunftsfähige
45 Kooperation für die nächsten Jahre in der Stadtverordnetenversammlung einzuge-
46 hen. Nicht zuletzt würde dies auch ein gutes Signal an die Bürger*innen senden,
47 dass man ihre Einwände in ein „Weiter wie bisher“, die sie in der Kommunalwahl zum
48 Ausdruck gebracht haben, ernst nimmt.

52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72

Begründung:

Es sind nun 10 Monate seit der Kommunalwahl vergangen. Eine Kooperation ist nicht gefunden. Verhandlungen/Gespräche seitens der SPD werden auf die Zeit nach der OB-Wahl vertagt.

Doch schaut man sich die anderen Fraktionen im Rathaus, so wie zuvor getroffene Aussagen von Fraktions- und Parteispitze an, stellen wir fest, dass eine Kooperationsbildung auch nach der OB-Wahl schwierig werden wird.

Die AfD ist eine Fraktion, die unter keinen Umständen als Kooperationspartner in Frage kommt. Die FDP hat eine Absage an die s.g. Ampelkoalition erteilt. Mit der Fraktion der Linken möchte man genauso wenig sprechen wie mit der Fraktion Freie Wähler / Piraten. Da bleibt nur noch die CDU übrig, die in den letzten Jahren aber auch nicht immer mit Zuverlässigkeit überzeugt hat und zu Teilen der SPD große inhaltliche Diskrepanzen aufweist.

Deshalb kommen wir zu dem Schluss, dass es gut wäre, nach der OB-Wahl nochmal allen Fraktionen, abgesehen von der Fraktion der AfD, Gespräche zu führen.

- 73 X angenommen
74 abgelehnt
75 überwiesen an

1 AntragstellerIn: Lukas Glaser

2

3 Adressat: Unterbezirksparteitag

4

5 **Titel: Kulturräume für Jugendliche schaffen und erhalten**

6

7

8 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Kassel Stadt möge beschließen, die Stadt
9 zu beauftragen mehr Kulturräume für junge Menschen zu schaffen und ein klares
10 Konzept zu erarbeiten, dass aufzeigt, welche Räume in Zukunft von der Stadt jungen
11 Menschen zur Verfügung gestellt werden.

12 Bei der Konzeptionierung und Umsetzung sollen vor allem zwei Faktoren entschei-
13 dend sein:

14 1. eine ausreichende finanzielle Ausstattung, damit das Projekt auch verwirklicht
15 werden kann

• 16 2. Planung und Umsetzung sollen transparent gestaltet werden und die Möglichkeit
17 vorhanden sein, dass jede und jeder seine Ideen einbringen kann.

18

19 In unserer Stadt gibt es viele ungenutzte Objekte, die für Kulturräume genutzt wer-
20 den könnten. Es muss eine Liste mit Objekten erstellt werden, die auf Nutzbarkeit hin
21 geprüft wird. Hierbei kann auch entscheidend sein, frühzeitig mit privaten und vor
22 allem seriösen Betreibern, die bestenfalls in Kassel verortet sind, zu sprechen und
23 sie nach ihrer Einschätzung zu befragen.

24

25 Begründung:

26

27 Die Stadt Kassel hat in den letzten Jahren eine positive Entwicklung genommen. Ge-
28 rade in kultureller Hinsicht ist mit der neuen Grimm-Welt und der Renovierung des
29 Stadt-Museums eine Menge passiert. Leider betrifft die Förderung von Kultur in Kas-
30 sel vor allem die sogenannte „Hochkultur“. Wenig bis gar keine Räume werden für
31 junge Leute geschaffen. Dieser Unmut äußerte sich auch in der Demonstration vor
32 und in der Stadtverordnetenversammlung Kassels (Wann war das??? Datum??).
33 Dabei gehört auch zur Wahrheit, dass Bestrebungen bspw. die ehemalige Salzmann-
34 Fabrik oder das Hentschel-Gelände dementsprechend zu nutzen an den jeweiligen
35 Investoren gescheitert ist. Hier muss entschieden mehr Druck seitens der Stadt auf-
36 gebaut werden, denn nach Art. 14 II GG verpflichtet Eigentum uns soll zugleich dem
37 Wohle der Allgemeinheit dienen.

• 38 Ein anderes Objekt wäre das Hallenbad Ost, welches seit 2007 leer steht und nach
39 wie vor ungenutzt ist.

40

41 angenommen

42 abgelehnt

43 überwiesen an

44



1

2 Antragsteller: Andreas Dietz

3 Adressat: Jusos Hessen Nord Bezirkskonferenz, Jusos Hessen Landeskonferenz,
4 SPD Kassel-Stadt Unterbezirksparteitag, SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag,
5 SPD Hessen Landesparteitag

6 **Titel: Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler**

7

8 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Kassel-Stadt möge beschließen:

9 Das Innenministerium des Bundeslands Brandenburg sieht einen Erlass vor, der
10 effektiv rassistisch motivierte Straftaten eindämmen kann: Ein längeres Bleibe-
11 recht für Flüchtlinge, die Opfer rechter Gewalt wurden. Dieses soll zumindest für
12 die Dauer der Ermittlungs- und Strafverfahren gelten.

13 Die Jusos Kassel-Stadt fordern daher, dieses Konzept auch in Hessen zu über-
14 nehmen, um Straftaten erfolgreich einzuschränken und Opfern rechter Gewalt
15 Schutz und Sicherheit zu bieten.

16

17 **Begründung:**

18 In Hessen gab es laut den hessischen Ermittlern alleine im Jahr 2015 mindestens
19 42 politisch rechts motivierte gewaltsame Übergriffe auf Asylsuchende und
20 Flüchtlingsheime. Das brandenburgische Konzept in Hessen umzusetzen wäre
21 ein wichtiger Schritt, präventiv Straftaten gegen Flüchtlingen vorzubeugen, da
22 rechtsradikal motivierte Straftaten eine positive Auswirkung auf die Bleibe-
23 spektive der betroffenen Flüchtlinge haben werden.

- 24 X angenommen
25 abgelehnt
26 überwiesen an

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Antragsteller: Andreas Dietz

Adressat: Weiterleitung an: Jusos Hessen Nord Bezirkskonferenz, Juso Bundeskonferenz, SPD Kassel-Stadt Unterbezirksparteitag, SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag, SPD Bundesparteitag

Titel: Beitragsbemessungsgrenze abschaffen

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Kassel-Stadt möge beschließen:

Die Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung sowie der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung liegt (Stand 2017) bei einem Arbeitsentgelt von 76.200€ in den alten sowie 68.400€ in den neuen Bundesländern. In der knapp-schaftlichen Rentenversicherung liegt sie bei 94.200€ in den alten und 84.000€ in den neuen Bundesländern. Die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung liegt (Stand 2017) bei 52.200€. Wer mehr verdient als in diesen Beträgen genannt, muss darüber hinaus keine Sozialversicherung zahlen.

Die Beitragsbemessungsgrenze soll abgeschafft werden, um eine umfassendere Versorgung kranker, pflegebedürftiger, arbeitsloser oder alter Menschen zu gewährleisten.

Begründung:

Einen Prozentteil des Einkommens in die Sozialversicherung einzuzahlen, von der sämtliche Bürger in Deutschland profitieren, ist ein faires und solidarisches Modell und ein wesentlicher Bestandteil unseres Sozialstaats. Dieses Prinzip bei Großverdienern auszuhebeln, ist der falsche Weg.

Die Mehreinnahmen des Staates könnten für ein würdigeres Leben im Alter, bessere Standards sowie besser bezahlte Arbeitsplätze in der Pflege, weniger Zusatzkosten bei Krankheiten sowie eine bessere Grundversorgung und der erfolgreichen Reintegration in den Arbeitsmarkt bei Arbeitslosen genutzt werden.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an



1 AntragstellerIn: Lukas Glaser

2

3 Adressat: Jusos-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag,

4

5 **Titel: Resolution für den Bundestagswahlkampf**

6

7

8 Die SPD ist der sozialdemokratische Motor Deutschlands und steht als solcher seit
9 ihrer Gründung für die Werte Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

10 Die Jusos fordern, dass diese Werte wieder stärker nach außen getragen werden.

11 Es darf nicht sein, dass der Wahlkampf nur durch die Debatte um die Sicherheitspoli-
12 tik bestimmt wird.

13 Deshalb sollten folgende Punkte stärker in den Vordergrund gestellt werden:

14

- 15 • Lohngerechtigkeit zwischen Mann und Frau!
- 16 • Mindestlohn für Alle!
- 17 • Klare Regeln an den Finanzmärkten!
- 18 • Eine deutliche Abgrenzung zu demagogischen und populistischen Schlagsät-
19 zen!
- 20 • Kommunikation innerhalb der Partei fördern – keine Hinterzimmerpolitik!
- 21 • Keine Große Koalition!
- 22 • Reform der Kapitalertragssteuer, Erbschaftssteuer sowie der Vermögens-
23 steuer!
- 24 • Eigentum verpflichtet und muss dem Wohle der Allgemeinheit dienen!
- 25 • Schluss mit der Sparpolitik und der schwarzen Null
- 26 • BürgerInnenversicherung jetzt!
- 27 • Eine soziale und demokratische Energiewende vorantreiben
- 28 • Eine progressive Bildungspolitik (Abschaffung des Kooperationsverbots)

29

30 Die SPD ist eine Volkspartei und muss endlich wieder als solche auftreten. Das be-
31 deutet auch Wähler zurückzugewinnen und zu mobilisieren.

32

33 angenommen

34 abgelehnt

35 überwiesen an

36

37